

Zeitung vom Lëtzebuerger Vollek

Ketzerei im Marienland

Luxemburg kann von der Türkei lernen. Wie? Der dortige Staat nennt sich seit 1928 offiziell laizistisch, zumindest auf dem Papier. Nicht einmal das gibt es hierzulande. Trotz massiv steigender Kirchenaustritte und immer weniger Menschen, die sich als »gläubig« bezeichnen, findet das Thema Trennung von Kirchen und Staat« auf der politischen Tagesordnung nicht statt. Außer vielleicht alle paar Jahre vor, und ausschließlich vor den Wahlen in Hochglanzbroschüren des Regierungspartners mit den hübschen roten Schals.

Allein die katholische Kirche in Luxemburg kassiert jährlich gut 21 Millionen Euro zur Finanzierung ihrer Personalkosten, weitere 12 Millionen zur Instandhaltung ihrer Kirchen und Gebäude, sowie noch einmal 4 Millionen für Priesterpensionen.

Aber es ist nicht allein die Finanzierung; auch die massive Einflußnahme der Kirche in Politik, Schule und Gesellschaft steht in keiner vernünftigen Relation zur Wirklichkeit.

In der Schule suchen katholische Organisationen, trotz des, offiziell als indirekterer Alternative zur Religion eingeführten bürgerlichen »Werteunterrichts«, allerlei Wege, um durch die Hintertür ihren direkten Einfluß zu erhalten und auch Massenmedien stehen unter ihrer Fuchtel. Nun hat die im vergangenen Jahr gegründete »Allianz von Humanisten, Atheisten an Agnostiker Lëtzebuerg«, kurz »AHA!«, nach britischem Vorbild eine Buskampagne gestartet, welche nichtreligiöse Menschen auffordert, sich dazu zu bekennen und sich nicht mehr zur anonymen Masse der Schäfchen mitzählen zu lassen.

Die Reaktion kam so prompt und heftig, wie sie von einer Organisation kommen kann, die seit Jahrhunderten mit Feuer und Schwert ihre Pfründe und ihren Einfluß erbarmungslos und intolerant verteidigt.

Da nun Scheiterhaufen heutzutage nicht mehr zum guten Ton gehören, versuchten es also allerlei Klerikale mit Boykottaufrufen gegen die

Busunternehmen, deren Fahrzeuge die »AHA!«-Reklame durchs Marienländchen fahren. Dies scheint gewirkt zu haben, da bereits einige Unternehmen dabei sind, einzuknicken und die fürs eigene Image unliebsame Reklame am liebsten direkt wieder von den Bussen kratzen möchten.

Dabei geht es dieser Aktion nicht darum, Religion anzugreifen, sondern denen Genugtuung zu gewähren, die nicht religiös sind und ihre Kinder fortschrittlich erziehen möchten. Das ist im Prinzip das allermindeste, daß jemand, der eine Organisation zwangsfinanzieren muß, der Steuerzahler, das Recht haben soll, im Sinne von Artikel 20 der Luxemburgischen Verfassung offen zu bekennen, trotzdem nichts mit ihr am Hut haben zu wollen.

Um das Thema Trennung von Kirchen und Staat wieder in die öffentliche Diskussion zu rücken, war diese Aktion gut geeignet. Doch reicht es nicht, immer wieder ein Thema anzustoßen, welches unter den gegebenen politischen Verhältnissen niemals den Weg in die Chamber finden wird. Für die Trennung braucht es wesentlich mehr Druck.

Religion ist Privatsache und sollte auch so behandelt werden. Sie gehört nicht in die Chamber, nicht in Schulen und Entscheidungspositionen der Medien. Vor allem aber gehört sie nicht vom Steuerzahler finanziert. Die Kommunisten treten seit jeher auf der Basis ihres Grundsatzprogrammes und nicht nur vor anstehenden Wahlen für eine Trennung von Staat und allen Kirchen, sowie für eine laizistische Schulbildung ein.

Christoph Kühnemund